RECHT aktuell

Dr. Margit Bastgen - Rechtsanwältinnen

Gewerbliche Ausgabe

Talweg 7 - 54516 Wittlich
Tel: 06571 - 91 24-0
eMail: kanzlei@bastgen.com

DR. BASTGEN
RECHTSANWÄLTINNEN

Ausgabe 05/ 2008

RECHT aktuell

Arbeitsrecht

Betriebsratswahl: „Wache“ am Wahlbüro zulässig

Eine unzulässige Behinderung der Betriebsratswahl liegt nicht bereits dann vor, wenn die Personalleitung am Eingang zum Wahlraum Mitarbeiter postiert, die das Geschehen beobachten und die Namen der Wähler notieren.

Das Landesarbeitsgericht Niedersachsen sah in der bloßen Anwesenheit der Personalleitung keine psychische oder gar physische Behinderung der Arbeitnehmer, ihre Stimme abzugeben.

Beschluss des LAG Niedersachsen
vom 07.05.2007
9 TaBV 80/06

Kündigung nicht „i. A.“

Eine Kündigung ist nur dann rechtswirksam, wenn sie von einem Vertretungsbefugten des Unternehmens unterschrieben ist. Vertretungspersonen müssen ihre Eigenschaft durch entsprechende Zusätze (in der Regel „i.V.“) erkennbar machen.

Nicht ausreichend ist allerdings eine mit dem Zusatz „i.A.“ (im Auftrag) versehene Unterschrift. Der Zusatz „i.A.“ besagt anders als der Zusatz „i.V.“ in der Regel kein Vertretungs-, sondern ein Auftragsverhältnis. Dies reicht im Fall einer Kündigung nicht aus.

Urteil des LAG Rheinland-Pfalz
vom 19.12.2007
7 Sa 530/07

Recht der freien Berufe

Rückforderung zu viel bezahlten Architektenhonorars

Im Zivilprozess hat jede Partei die für sie günstigen Tatsachen darzulegen und zu beweisen. In Ausnahmefällen können jedoch Beweiserleichterungen oder sogar eine Umkehr der Beweislast angezeigt sein. Eine solche Ausnahme ist gerechtfertigt, wenn es um die Rückforderung von Zuvielzahlungen (Überzahlungen) geht.

Macht der Auftraggeber eines Architekten nach Beendigung des Vertrags eine Überzahlung geleisteter Vorauszahlungen geltend, hat der Architekt darzulegen und zu beweisen, dass ihm eine Vergütung in Höhe der geleisteten Zahlungen tatsächlich zusteht. Gelingt dieser (Gegen-)Beweis nicht, hat der Auftraggeber einen vertraglichen Anspruch auf Auszahlung des Überschusses.

Urteil des BGH vom
22.11.2007 - VII ZR 130/06

Arbeitsrecht

Mobbing: Schmerzensgeld vom Arbeitgeber

Wird ein Arbeitnehmer von seinem Vorgesetzten über einen längeren Zeitraum ständig in seiner fachlichen Qualifikation herabgewürdigt und durch Anfeindungen, Erniedrigungen und Beleidigungen schikaniert und erleidet er dadurch eine psychische Erkrankung, hat er gegen seinen Arbeitgeber Anspruch auf Schmerzensgeld. Die Entlassung des Vorgesetzten kann der gemobbte Arbeitnehmer im Regelfall jedoch nicht verlangen. Dies gilt insbesondere, wenn die rechtlichen Voraussetzungen für eine Kündigung des Vorgesetzten nicht gegeben sind, weil dieser wegen seines Verhaltens aufgrund der Unkenntnis des Arbeitgebers über die Vorgänge nicht abgemahnt wurde.

Urteil des BAG vom 25.10.2007
8 AZR 593/06

Wettbewerbsrecht

Unzulässige AGB-Klausel bezüglich Teillieferungen und Teilabrechnungen

Ein Internet-Textilvertrieb verwendete in seinen Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) die Klausel „Teillieferungen und Teilabrechnungen sind zulässig“. Ein Konkurrent vertrat die Auffassung, dass die Verwendung dieser Klausel eine unlautere Wettbewerbshandlung darstellt. Das Kammergericht gab ihm Recht und untersagte die weitere Benutzung der beanstandeten Klausel. Diese bedeutet eine unangemessene Benachteiligung der Verbraucher, weil sie deren gesetzliches Leistungsverweigerungsrecht erheblich einschränkt. Insbesondere wird das Recht des Kunden beschnitten, im Fall einer pflichtwidrig nicht rechtzeitig erbrachten Restleistung vom Vertrag insgesamt zurückzutreten, wenn er an der Teilleistung kein Interesse mehr hat.

Urteil/Beschluss des KG Berlin vom
25.01.2008 - 5 W 344/07

Angabe des effektiven Jahreszinses bei Werbung für finanzierte Immobilie

Wer in einer Zeitungsanzeige den Verkauf einer Immobilie bewirbt und dabei deutlich auf die Möglichkeit eines finanzierten Kaufs hinweist, muss - so das Oberlandesgericht Köln - nach § 6 Abs.1 Preisangabenverordnung (PAngV) den effektiven Jahreszins angeben. Denn mit der Verkaufsanzeige wird zwangsläufig zugleich der Kredit beworben. Die fehlende Angabe des effektiven Jahreszinses in einer solchen Anzeige ist nicht deshalb als Bagatellverstoß i.S.d. § 3 UWG einzustufen, weil ein durchschnittlich verständiger Kaufinteressent eine Immobilie erst nach sorgfältiger Prüfung erwirbt. Der werbende Unternehmer kann demzufolge wegen des Wettbewerbsverstoßes auf Unterlassung in Anspruch genommen werden.

Urteil des OLG Köln vom
09.11.2007 - 6 U 90/07

Dr. Bastgen
Rechtsanwältinnen
Talweg 7 - 54516 Wittlich
Tel: 06571 - 91 24-0
eMail: kanzlei@bastgen.com

RECHT

DR. BASTGEN
RECHTSANWÄLTINNEN

RECHT aktuell

Wirtschaftsrecht

Kein Zurückbehaltungsrecht gegen Auskunftsanspruch des Gesellschafters

Im Rahmen mehrerer Rechtsstreitigkeiten zwischen einem Gesellschafter und einer GmbH machte der Gesellschafter von dem ihm nach dem Gesetz zustehenden Auskunftsrecht Gebrauch und verlangte Einsicht in die Bücher des Unternehmens. Der GmbH-Geschäftsführer lehnte dies unter Hinweis auf eigene Auskunfts- und Zahlungsansprüche gegenüber dem Gesellschafter ab.

Das Oberlandesgericht Frankfurt am Main gab der Auskunftsklage statt. Die GmbH kann sich gegenüber dem Anspruch eines Gesellschafters auf Auskunft über konkrete Angelegenheiten der Gesellschaft und Einsicht in bestimmte Unterlagen nicht auf ein Zurückbehaltungsrecht wegen etwaiger eigener Auskunfts- oder Zahlungsansprüche berufen. Auskunftsansprüche dürfen nicht gesondert betrachtet werden, da sie häufig erst der Vorbereitung materieller Zahlungsansprüche dienen. Diese Funktion erfordert nach Treu und Glauben, dass die Pflicht zur Auskunftserteilung ohne Rücksicht auf etwaige Gegenansprüche der verpflichteten GmbH erfüllt wird.

Beschluss des OLG Frankfurt/Main vom 07.08.2007
20 W 104/07

Vertretung einer deutschen Niederlassung einer „Limited“

Das Oberlandesgericht München hat entschieden, dass eine „Private Limited Company“ mit Sitz in England nicht verpflichtet ist, für ihre deutsche Zweigniederlassung einen ständigen Vertreter zu bestellen. Wurde ohne diese Verpflichtung jedoch tatsächlich ein ständiger Vertreter bestellt, muss dieser dann auch zum Handelsregister angemeldet werden. Unterbleibt die Anmeldung, kann das Registergericht die Eintragung der Zweigniederlassung ablehnen.

Urteil des OLG München vom
14.02.2008 - 31 Wx 067/07

Steuerrecht

Vorsicht bei überhöhter Vergütung an Angehörigen des GmbH-Gesellschafters

Zahlt eine GmbH auf Veranlassung eines Gesellschafters einem in dem Unternehmen beschäftigten Angehörigen eine überhöhte Vergütung, liegt in der Regel keine freigebige Zuwendung des Gesellschafters an die nahe stehende Person gemäß § 7 Abs. 1 Nr. 1 ErbStG vor. Was auf den ersten Blick als positiv erscheint, erweist sich nach einem Urteil des Bundesfinanzhofs aber als äußerst nachteilig. In einem solchen Fall kann nämlich im Verhältnis der GmbH zur nahe stehenden Person eine Schenkung gegeben sein.

Dies bedeutet, dass dem Empfänger der Zahlung nicht die unter Verwandten geltenden günstigen Steuersätze und Freibeträge zugute kommen. Vielmehr unterliegt eine Schenkung durch die GmbH der ungünstigeren Steuerklasse III und das bei einem Freibetrag von z.Z. lediglich 5.200 Euro.

Urteil des BFH vom
07.11.2007 - II R 28/06

Werkvertragsrecht

Anforderungen an Nachweis eines Werkmangels

In einem vor dem Bundesgerichtshof verhandelten Fall kam es entscheidend auf die Frage an, wann der Auftraggeber einer Handwerkerleistung das Vorliegen eines Werkmangels nachgewiesen hat.

Nach Auffassung der Karlsruher Richter genügt für die Geltendmachung der Rechte des Auftraggebers und für die Hemmung der Verjährung der Hinweis auf die bloßen Mangelerscheinungen. Die Mangelursachen braucht er überhaupt nicht mitzuteilen und darf sie auch irrtümlich falsch angeben. Dies gilt auch dann, wenn der Auftraggeber fälschlicherweise annimmt, dass einer objektiven Funktionsstörung gar kein Mangel, sondern lediglich ein Bedienungsfehler zugrunde liegt.

Urteil des BGH vom
30.10.2007 - X ZR 101/06

Onlinerecht

Markenhersteller darf eBay-Handel verbieten

Das Landgericht Mannheim hat ein Urteil erlassen, das weitreichende Folgen für den Onlinehandel insbesondere über die Auktionsplattform eBay haben könnte. Der Hersteller von Schulranzen und Taschen der Marke Scout untersagte einem Fachhändler den Vertrieb seiner Produkte über eBay. Das Gericht bejahte ein berechtigtes Interesse des Herstellers, den Onlineverkauf durch entsprechende Händlerbedingungen zu unterbinden, da die Internetplattform ein Fachgeschäft mit entsprechender Beratung nicht ersetzen kann. Hält sich ein Vertragshändler nicht daran, kann ihn der Hersteller aus dem Vertriebsnetz ausschließen.

Hinweis: Die Entscheidung gilt nicht für Onlinehändler, die nicht Vertragshändler des Herstellers sind, da insoweit keine vertragliche Bindung besteht, und natürlich auch nicht für den Verkauf der Waren durch Privatpersonen.

Urteil des LG Mannheim vom
14.03.2008 - 7 O 263/07 Kart

Geringfügige Änderung der URL

Ist einem Internetanbieter die Benutzung einer URL (hier „gmail.com“) wegen einer Markenrechtsverletzung verboten, so liegt ein Titelverstoß auch dann vor, wenn der geschützten URL lediglich ein Buchstabe vorangestellt wird (hier „m.gmail.com“) und über die Seite eine Weiterleitung („redirecting“ bzw. „forwarding“) des eingehenden Mail-Verkehrs an eine andere Domainadresse erfolgt. Die bloße Voranstellung des Buchstabens „m“ kennzeichnet ersichtlich nur eine Sub-Level-Domain zur URL „gmail.com“ und vermag daher an der Verwechslungsgefahr nichts zu ändern.

Beschluss des OLG Hamburg vom
18.09.2007 - 5 W 102/07